



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 32; Mai 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Mai-Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) stand ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren. Großherzog Henri von Luxemburg, Staatsoberhaupt des Landes, das derzeit die EU-Präsidentschaft innehat, unterstrich in einer feierlichen Sitzung in unserem Hause, dass der große Erfolg Europas vor allem in der Wahrung des Friedens liegt.

Dies ist ja auch der eigentliche Sinn dieses Zusammenschlusses all' unserer kleinen und durchaus eigensinnigen europäischen Staaten: Nach den grauenhaften Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wollen wir unsere Politiken so stark miteinander verflechten, dass es keinen Krieg mehr unter den Nationen Europas geben kann. Genau deshalb ist es für uns so wichtig, die politische Union zu erhalten und auszubauen. Wir dürfen uns niemals auf eine reine Freihandelszone reduzieren!

Zusätzlich kamen wir natürlich auch in dieser Woche unserer gesetzgeberischen Aufgabe nach: Grossen Nachhall in der Presse fanden vor allem die Diskussionen zur Arbeitszeitrichtlinie und zur Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, deren Umsetzung in Deutschland Probleme bereiten könnten.

Besuch des Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan

Sehr beeindruckend war die Rede des Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan vor dem EP. Hamid Karzai sprach seine Dankbarkeit über den internationalen Schutz und die finanzielle Unterstützung aus, die seinem Land in den letzten drei Jahren zuteil wurden. Die EU sei einer der wichtigsten Unterstützer Afghanistans. Er sei dankbar über ihre großzügigen Beiträge, den Einsatz von europäischen Truppen sowie die technische Hilfe, welche Europa seinen Landsleuten angeboten habe. Er wolle im Gegenzug dafür sorgen, dass den Bauern seines Landes eine Alternative zur Opiumproduktion eröffnet werde, damit sich der Ruf seines Landes in der Welt verbessere und das weltweite Drogenproblem eine Reduzierung erfahren könne.

GMO für Obst und Gemüse

Das EP protestierte mit Nachdruck gegen die Entscheidung der Kommission, die Reform der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Obst und Gemüse zu verschieben, die bereits 1996 beschlossen worden war. Das bisher geltende System weist einige Mängel auf, aufgrund derer sich die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors nicht ausreichend entwickeln konnte. Die Kom-

mission soll nun bis spätestens Juli 2005 einen legislativen Vorschlag zur Reform der gemeinsamen Marktorganisationen für Obst und Gemüse vorlegen.

Anerkennung von Berufsqualifikationen

Wer auf Dauer in einem anderen EU-Land arbeiten will, wird von einer neuen Regelung zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen profitieren. Das Parlament befasste sich nun in zweiter Lesung mit einer Richtlinie, die auf die europaweite gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen zielt. Allerdings löst die Richtlinie ein Problem deutscher Berufsqualifikationen im europäischen Kontext noch nicht befriedigend: Nach Änderungen im deutschen Recht würde die Richtlinie nun zu einer Einstufung von deutschen Gesellen und Meistern in ein- und dieselbe Qualifikationsstufe führen. Es besteht aber die Möglichkeit, durch Aufnahme der Meistertitel in einen Annex eine Höherstufung zu erreichen. Nun ist es an der Bundesregierung, noch vor Inkrafttreten der Richtlinie einen entsprechenden Antrag im Ausschuss für Berufsqualifikationen bei der Europäischen Kommission zu stellen und durchzusetzen.

Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit

Die Arbeitszeitrichtlinie gewährt den meisten europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Grundschutz. Sie haben das Recht auf eine arbeitsfreie Zeit von täglich zehn Stunden, Pausen während der Arbeitszeit, eine maximale wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden und mindestens vier Wochen Jahresurlaub. Nachts soll ein Arbeitnehmer generell nicht mehr als acht Stunden arbeiten.

In der Diskussion war jedoch immer das Problem des Bereitschaftsdienstes: Zählt dieser grundsätzlich zur Arbeits- oder zur Ruhezeit? Der Europäische Gerichtshof hatte 2003 festgestellt, dass ein Bereitschaftsdienst, der die Anwesenheit am Arbeitsort erfordert, nicht als Ruhezeit anzusehen ist. Die Europäische Kommission schlug anschließend eine

Revision der Arbeitszeitlinie vor. Es sollte künftig zwischen „aktiver“ und „inaktiver“ Bereitschaftszeit unterschieden werden. Das EP verwarf nun dieses Konzept und will Bereitschaftszeit als Arbeitszeit gewertet wissen. Jetzt sind die Regierungen der Mitgliedstaaten am Zug, einen Kompromissvorschlag vorzulegen, bevor der Gesetzesentwurf in Zweiter Lesung zurück ins EP geht.

Qualität der Badegewässer

Mit der Badegewässerrichtlinie aus dem Jahr 1976 wurden in der gesamten EU erfolgreich verbindliche Normen zur Wasserqualität eingeführt. Wer seinen Urlaub am Meer oder an einem Badensee verbringen will, wählt das Reiseziel auch danach, ob die Gewässer als sauber und sicher gelten. Eine Neuauflage der Badegewässerrichtlinie soll nun in der EU für ungetrübte Badefreuden sorgen.

Filmerbe stärkt Wirtschaft und Bildungswesen

Kinofilme, ein Kernelement des europäischen Kultur- und Kunsterbes, können neue Arbeitsplätze schaffen und tragen zur Wettbewerbsfähigkeit bei. Sie sollen sich daher stärker für den Erhalt ihres Filmerbes einsetzen und eine bessere Nutzung seines Potentials fördern. Die Mitgliedstaaten sollen ihr audiovisuelles Erbe unter Wahrung des Urheberrechts und aller verwandten Schutzrechte vor allem mittels digitaler und neuer Technologien systematisch erfassen, katalogisieren, bewahren, restaurieren und für nicht-kommerzielle Zwecke zugänglich machen.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Büro in Brüssel: 0032-2-284.7383